



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIV. Legislaturperiode 2024-2028

16. Sitzung vom 23. März 2026

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.00 Uhr

Leitung: Thomas Häfele Racin (Präsident)

Anwesend: 34 Mitglieder; ab 20.40 Uhr 35 Mitglieder

Entschuldigt: Özlem Ipek-Avvisati, Kevin Lancashire, Ralph Büchelin, Lukas Jegge

Verspätet: Brigitte Schori (ab 20.40 Uhr anwesend)

Präsident:

Thomas Häfele Racin

Protokoll:

Sandra Matter

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP eröffnet die Sitzung und heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, die anwesenden Mitglieder des Gemeinderates sowie die Gäste herzlich willkommen. Besonders begrüsst er Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, Protokollführerin Sandra Matter, Wachtmeister Mischa Schneider, Abwart Daniel Platzgummer sowie die anwesenden Medienvertretenden Gregor Szyndler vom Binninger Wochenblatt und Rolf Zenklusen vom Binninger Anzeiger und dankt ihnen für ihr Erscheinen.

Mitteilungen des Präsidenten

Der Präsident führt aus, dass am vergangenen Samstag der traditionelle Ausflug des Einwohnerrates in Arlesheim stattgefunden habe. Vor dem Hintergrund zuvor geäusselter Kritik am Umgangston im Rat habe der Anlass im Zeichen des Teambuildings gestanden. In interfraktionellen Teams hätten die Ratsmitglieder an einem Plausch-Curling-Turnier im Curling-Zentrum Basel teilgenommen. Dabei hätten die Teams Meiriacker gegen Dorenbach mit 3:0, Neusatz gegen Drissel mit 3:1 sowie Bruderholz gegen Drissel/Spiegelfeld mit 1:0 gewonnen.

Er hält fest, dass die Stimmung beim anschliessenden Fondue-Essen ausgezeichnet gewesen sei. Die letzten Ratsmitglieder seien erst rund eine halbe Stunde nach dem offiziellen Ende aufgebrochen, was als Zeichen für eine gelungene „Mission Harmonie“ gewertet werde. Er zeigt sich gespannt, ob dieser Schwung in die aktuelle Sitzung mitgenommen werden könne. Weiter spricht er allen Teilnehmenden seinen Dank aus, insbesondere dem Bariton Christian Schmid für seinen musikalischen Beitrag sowie der Ratssekretärin Sandra Matter für die Organisation.

Seit der letzten Sitzung habe Stefan Gubelmann, SVP seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat erklärt, teilt der Präsident weiter mit. Er habe erst im Mai als Nachfolger von Konrad Widmer Einsitz genommen und sei Mitglied der Bau- und Planungskommission gewesen. Der Präsident bedauert den Rücktritt, dankt für das Engagement und wünscht Stefan Gubelmann für die Zukunft alles Gute.

Präsenz

Zur Präsenz führt der Präsident aus, dass als Nachfolger für Stefan Gubelmann, Niklas Mattsson vorgesehen sei, dessen Wahl jedoch noch nicht offiziell publiziert worden sei, weshalb der Sitz vorerst vakant bleibe. Für die Sitzung entschuldigt seien Kevin Lancashire, FDP, Lukas Jegge, Mitte/GLP, Ralph Büchelin, SP sowie Özlem Ipek-Avvisati, SP. Brigitte Schori, FDP werde mit Verspätung eintreffen.

Präsident Thomas Häfele, FDP stellt fest, dass aktuell 34 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend sind, später 35. Das absolute Mehr beträgt 18 Stimmen. Das Zweidrittelmehr liegt bei 23 Stimmen und erhöht sich bei 35 Anwesenden auf 24 Stimmen. Ein Drittel entspricht 12 Stimmen.

Vor der Behandlung der Geschäfte führt der Präsident eine Probeabstimmung durch. Er erinnert zunächst daran, dass an der letzten Sitzung die Frage gestellt worden sei, wann das Instrument des Behördenreferendums in die Geschäftsordnung aufgenommen worden sei. Er hält fest, dass dies im Januar 2018 erfolgt sei. Nach insgesamt fünf durchgeführten Quizrunden hätten sich zwei Ratsmitglieder mit je vier von fünf möglichen Punkten als Spitzenduo hervorgetan, nämlich Jonathan Noack, SP sowie Peter Frauchiger, FDP.

Anschliessend leitet der Präsident zur aktuellen Quizfrage über, welche sich mit der Zuständigkeit für die Ernennung der Stimmenzählerinnen und Stimmenzähler befasst. Zur Auswahl stehen drei Antwortmöglichkeiten:

- A) Das älteste anwesende Mitglied ernenne die Stimmzählerinnen und Stimmzähler an der konstituierenden Sitzung, mit anschliessender jährlicher Bestätigung durch das Ratsbüro.
- B) Das Ratsbüro ernenne die Stimmzählerinnen und Stimmzähler an der konstituierenden Sitzung für die gesamte Legislatur von vier Jahren.
- C) Der Einwohnerrat wähle die Stimmzählerinnen und Stimmzähler an der konstituierenden Sitzung für die gesamte Legislatur von vier Jahren.

Er fordert die Ratsmitglieder auf, die Abstimmungsgeräte zu benutzen, und erläutert die Zuordnung der Antwortmöglichkeiten (Ja = Antwort A, Nein = Antwort B, Enthaltung = Antwort C). Die Abstimmung wird durchgeführt.

Im Anschluss gibt er bekannt, dass die richtige Antwort A sei. Er führt aus, dass gemäss § 11 Absatz 1 sowie § 12 Absatz 2 lit. i der Geschäftsordnung das älteste anwesende Mitglied an der konstituierenden Sitzung auf Vorschlag der Fraktionen die drei Stimmzählerinnen und Stimmzähler ernenne und das Ratsbüro diese anschliessend jährlich bestätige. Sechs Stimmen seien korrekt abgegeben worden, vier Ratsmitglieder hätten keine Stimme abgegeben.

In der Folge wird eine zweite Probeabstimmung durchgeführt. Der Präsident stellt eine Kontrollfrage dahingehend, ob die Ratsmitglieder am Vorabend den Schweizer Curlerinnen zugeschaut hätten, und lässt darüber abstimmen. Nach Durchführung der Abstimmung wird festgestellt, dass Monique van Loon, Mitte/GLP, Marco Giani, FDP sowie Evelyne Treuhardt, FDP keine Stimme abgegeben haben.

Nachträglich wird festgehalten, dass die Stimmen von Marco Giani, FDP und Evelyne Treuhardt, FDP im Laufe der Sitzung im System erfasst waren. Die Stimmen von Monique van Loon, Mitte/GLP wurden protokolliert.

Der Präsident hält fest, dass im Falle von Unsicherheiten die Stimmzählenden beigezogen würden. Zudem ersucht er Abwart Daniel Platzgummer, zusammen mit den betroffenen Ratsmitgliedern die Abstimmungsgeräte zu überprüfen und allfällige technische Probleme zu beheben, während die Sitzung fortgesetzt werde.

Neue Vorstösse

- Nr. 117, Dringliches Postulat J. Lüthi, FDP: Gesetzeswidrig aufgestellte Leuchtwerbung am Strassenrand, drohende Staathaftungsklage im Falle eines Unfalls
- Nr. 119, Interfraktionelle Motion: Rahmenkredit Liegenschaftskäufe für Binningen
- Nr. 121, Anfrage Grüne/EVP: Bauarbeiten Schutzmatte
- Nr. 122, Anfrage SVP: Lagerhaus Adelboden/Geils
- Nr. 123, Interfraktionelles Postulat: Langfristige Planung Schutzmatte

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP führt aus, dass seit der letzten Sitzung fünf neue Vorstösse eingegangen seien. Als erstes liege das dringliche Postulat von Jonas Lüthi, FDP «Gesetzeswidrig aufgestellte Leuchtwerbung am Strassenrand, drohende Staatshaftungsklage im Falle eines Unfalls» vor. Er hält fest, dass gemäss Geschäftsordnung die dringliche Behandlung eines Postulats einer Zweidrittelmehrheit bedarf.

Der Präsident erteilt dem Postulanten das Wort zur Begründung von Vorstoss und Dringlichkeit.

Jonas Lüthi, FDP führt aus, er habe Ende Januar einen Zeitungsartikel in der Basler Zeitung gelesen, welcher sich mit der Bewilligung von Leuchtwerbung an der Hauptstrasse befasse. Gestützt auf die darin dargestellten Informationen stelle sich für ihn die Frage, ob die entsprechenden Bewilligungen rechtmässig erfolgt seien. Insbesondere interessiere ihn, weshalb die Gemeinde während eines laufenden Bewilligungsverfahrens und trotz Einwänden der Polizei entsprechende Bewilligungen erteilt habe. Der

Votant äussert die Vermutung, dass möglicherweise wirtschaftliche Interessen eine Rolle gespielt haben könnten. Weiter hält er fest, dass gemäss dem erwähnten Gerichtsurteil der Schutz von Leib und Leben höher zu gewichten sei als wirtschaftliche Interessen.

Zur Dringlichkeit führt der Votant aus, das Postulat sei bereits vor rund sechs Wochen eingereicht worden, weshalb der Gemeinderat genügend Zeit gehabt habe, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen und an der vorliegenden Sitzung Stellung zu nehmen.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erkundigt sich nach weiteren Voten zur Dringlichkeit. Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, lässt er über die Dringlichkeit abstimmen. Die Abstimmung wird durchgeführt.

ABSTIMMUNG

Dringlichkeit Postulat: 30 JA / 1 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 4)

BESCHLUSS

://: Die dringliche Behandlung des Postulats von J. Lüthi, FDP: «Gesetzeswidrig aufgestellte Leuchtwerbung am Strassenrand, drohende Staathaftungsklage im Falle eines Unfalls» wird beschlossen.

Der Präsident erteilt anschliessend dem Gemeinderat das Wort zur Stellungnahme.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP nimmt zum dringlichen Postulat Stellung und führt aus, dass die Antworten bereits schriftlich erarbeitet worden seien, das Postulat jedoch verspätet eingegangen sei. Die schriftliche Beantwortung werde zudem am 24. März 2026 auf der Website publiziert, weshalb sie sich auf die wesentlichen Punkte konzentriere.

1. Haften die betreffenden Gemeindeorgane persönlich, welche die Bewilligung erteilt haben?

Zur ersten Frage betreffend eine persönliche Haftung der Gemeindeorgane führt die Gemeindepräsidentin aus, gemäss Haftungsgesetz des Kantons hafte primär der Staat für Schäden, die Mitarbeitende in Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit Dritten widerrechtlich zufügen. Als Mitarbeitende gelten auch Mitglieder exekutiver Organe, Behörden, somit auch die Gemeinderäte.

Die Gemeinderäte hätten bei der Erteilung der Reklamebewilligung in Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit gehandelt. Gemäss Ansicht des Kantonsgerichts sei dabei gegen Vorschriften der Signalisationsverordnung gehandelt worden. In erster Linie wäre somit die Gemeinde haftbar. Eine persönliche Haftung der Gemeinderäte bestehe nicht.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP erläutert weiter, dass eine geschädigte Person ihre Ansprüche gegenüber der Gemeinde geltend machen müsse. Gemäss Haftungsgesetz könne der Staat jedoch Rückgriff auf Mitarbeitende nehmen, sofern diese den Schaden rechtswidrig, vorsätzlich oder grobfahrlässig verursacht hätten und soweit überhaupt eine Ersatzpflicht bestehe. In einem solchen Fall könnten Regressansprüche gegenüber jenen Gemeinderäten bestehen, die der Bewilligung zugestimmt hätten; jene, die dagegen gestimmt hätten, würden nicht haften. Das genaue Abstimmungsverhältnis sei jedoch nicht mehr bekannt und auch nicht entscheidend.

Ergänzend hält sie fest, dass der Gemeinderat die Bewilligung im Rahmen pflichtgemässen Ermessens erteilt habe. Im Rahmen einer Aufsichtsbeschwerde habe der Rechtsdienst des Regierungsrats die Reklame zunächst als unproblematisch beurteilt. Der Regierungsrat sei dieser Einschätzung jedoch nicht gefolgt und habe die Reklame als unzulässig beurteilt. Die Gemeinde habe sich dagegen gewehrt, woraufhin das Kantonsgericht dem Regierungsrat Recht gegeben habe.

2. Falls Nein, muss der Steuerzahler am Ende dafür bezahlen?

Zur zweiten Frage, ob im Schadenfall die Steuerzahlenden haften müssten, führt Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi aus, dass dies nicht zutreffe. Im Falle einer Staatshaftung wäre die Gemeinde haftpflichtversichert, und die Versicherung würde den Schaden übernehmen. Für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entstünden keine Kosten.

3. Müssen die Reklametafeln unverzüglich abgedeckt werden?

Zur dritten Frage betreffend eine unverzügliche Abdeckung der Reklametafeln hält die Gemeindepräsidentin fest, dass dies nicht erforderlich sei. Der Entscheid des Kantonsgerichts sei noch nicht rechtskräftig; es werde mit einer Frist von vier bis fünf Monaten bis zum Vorliegen des begründeten Urteils gerechnet. Erst danach könne über ein Weiterziehen des Entscheids entschieden werden. Bis dahin dürften die Panels stehen bleiben. Wäre eine sofortige Abdeckung erforderlich gewesen, hätte das Kantonsgericht dies entsprechend anordnen müssen. Daraus werde geschlossen, dass die Gefährdung als relativ einzustufen sei.

Abschliessend hält die Votantin fest, dass keine persönliche Haftung der Gemeindeorgane bestehe. Im Schadenfall hafte die Gemeinde, wobei eine Versicherungsdeckung gegeben sei. Der Entscheid des Kantonsgerichts werde respektiert. Gleichzeitig werde gemeinsam mit der APG nach alternativen Standorten gesucht. Nach Vorliegen geeigneter Standorte würden die Panels entsprechend versetzt, wobei neue Bewilligungsverfahren erforderlich seien.

Jonas Lüthi, FDP dankt für die Ausführungen und hält fest, dass ihn insbesondere die Einschätzung des Kantonsgerichts beunruhige, wonach die Anlagen als nicht rechtmässig beurteilt worden seien. Er äussert die Befürchtung, dass im Falle eines Unfalls trotz bestehender Versicherung Unsicherheiten hinsichtlich der Kostenübernahme bestehen könnten. Der Votant stellt den Antrag, die betreffenden Plakate bis zur abschliessenden Klärung ausser Betrieb zu setzen.

Der Präsident fragt nach weiteren Wortmeldungen und erteilt anschliessend erneut das Wort an die Gemeindepräsidentin.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP erwidert, dass sich eine Versicherung nicht ohne Weiteres ihrer Leistungspflicht entziehen könne, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt seien. Sie betont, dass keine sofortige Entfernung der Anlagen angeordnet worden sei und daher keine akute Gefährdung vorliege. Daraus folge, dass die Versicherung im Schadenfall grundsätzlich leistungspflichtig sei.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP weist darauf hin, dass grundsätzlich über die Überweisung des Postulats zu befinden sei und Unklarheit darüber bestehe, ob zum aktuellen Zeitpunkt Anträge gestellt werden könnten. Er schlägt vor, zunächst über den Antrag von Jonas Lüthi sowie anschliessend über die Überweisung des Postulats abzustimmen.

Lewin Lempert, SP äussert Zweifel an der rechtlichen Grundlage für die Behandlung eines solchen Antrags im aktuellen Verfahrensstadium.

Roman Oberli, SVP führt aus, dass die Feststellung der Dringlichkeit lediglich die Aufnahme des Geschäfts in die Traktandenliste bedeute. Erst im Rahmen der weiteren Behandlung könne über Eintreten sowie allfällige Anträge entschieden werden.

Der Präsident folgt dieser Argumentation und lässt über die Überweisung des Postulats abstimmen. Die Abstimmung wird durchgeführt.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 20 JA / 10 NEIN / 2 Enthaltung (Abstimmung 5)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Im Anschluss wird auf technische Probleme bei der Abstimmung hingewiesen.

Monique van Loon, Mitte/GLP äussert, dass es Unklarheiten im Zusammenhang mit der Stimmgabe gebe und fragt, ob alternativ mit Handzeichen abgestimmt werden solle.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP hält fest, dass in diesem Fall die Stimmzählenden beigezogen werden müssten, und bestimmt entsprechende Ratsmitglieder für die Auszählung.

Anschliessend unterbricht der Präsident die Sitzung kurz zur Klärung der Frage, ob der Antrag von Jonas Lüthi zulässig sei.

Kurze Pause.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung hält Einwohnerratspräsident Thomas Häfele fest, dass Anträge zum jetzigen Zeitpunkt nicht zulässig seien. Das Postulat müsse zunächst vom Gemeinderat beantwortet werden, bevor weitere Anträge gestellt werden könnten. Er teilt mit, dass Jonas Lüthi seinen Antrag zurückgezogen habe und der Gemeinderat zugesichert habe, das Postulat zeitnah zu beantworten. Der Präsident hält fest, dass damit eine einvernehmliche Lösung gefunden worden sei und kündigt an, dass entsprechende Verfahrensfragen künftig präzisiert werden sollen.

Er erklärt, dass mit den eingereichten Vorstössen fortgefahren werde. Der Präsident hält fest, dass die interfraktionelle Motion zum Thema «Rahmenkredit für Liegenschaftskäufe» eingegangen sei und fragt, ob die Motionärinnen und Motionäre den Vorstoss kurz begründen möchten. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Weiter führt der Präsident aus, dass eine Anfrage der Fraktion Grüne/EVP zum Thema Schutzmatte eingegangen sei, deren Beantwortung durch den Gemeinderat bereits vorliege.

Zudem sei eine Anfrage der SVP-Fraktion betreffend «Lagerhaus Adelboden/Geils» eingegangen. Der Gemeinderat habe den Antrag gestellt, die Beantwortung dieser Anfrage auf die nächste Einwohnerrats-sitzung zu verschieben. Der Präsident erteilt dem Gemeinderat das Wort zur Begründung.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP führt aus, dass die Beantwortung der Anfrage zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich sei, da sich die Gemeinde aktuell in Gesprächen mit der Gemeinde Reinach befinde. Das Geschäft sei zwar pendent, bedürfe jedoch zunächst einer vertieften Behandlung im Gemeinderat.

Diese sei noch nicht abgeschlossen, da bislang lediglich erste Gespräche zwischen den zuständigen Gemeinderäten geführt worden seien.

Der Votant ergänzt, dass in den Medien vereinzelt der Eindruck entstanden sei, die Gespräche zwischen den Gemeinden Binningen und Reinach verliefen schwierig. Dies könne er ausdrücklich dementieren. Es bestehe eine gute und konstruktive Gesprächskultur sowie ein enger Austausch zwischen den Beteiligten.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP lässt anschliessend über den Antrag des Gemeinderates abstimmen, wonach die Anfrage erst an der nächsten Sitzung beantwortet werden soll.

Die Abstimmung wird durchgeführt.

ABSTIMMUNG

Beantwortung der Anfrage an der nächsten ER-Sitzung: 30 JA / 1 NEIN (Abstimmung 6)

BESCHLUSS

://: Die Anfrage SVP: «Lagerhaus Adelboden/Geils» wird an der Einwohnerratsitzung vom 4. Mai 2026 beantwortet.

Traktandenliste

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP leitet zum nächsten Traktandum über und führt aus, dass aufgrund des Rücktritts von Stefan Gubelmann eine Ersatzwahl für die Bau- und Planungskommission erforderlich sei. Er beantragt, dieses Geschäft als neues Traktandum 3 in die Traktandenliste aufzunehmen, unmittelbar nach der Ersatzwahl in die Rechnungsprüfungskommission.

Weiter informiert der Präsident über einen eingegangenen Änderungsantrag von Gaida Löhr, SP. Dieser ziele darauf ab, die beiden Geschäfte zum Sonnenbad St. Margarethen (Traktanden 13 und 14) aufgrund der anstehenden Umbauten vorzuziehen und zeitlich früher zu behandeln, idealerweise im Anschluss an den Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum amtlichen Publikationsorgan.

Der Präsident erteilt der Antragstellerin das Wort zur Begründung.

Gaida Löhr, SP führt aus, dass der Verein Sonnenbad auf einen Entscheid der Gemeinde Binningen angewiesen sei. Bereits vor vier Jahren seien umfassende Planungen für eine Totalsanierung aufgenommen worden. Der Verein habe sämtliche notwendigen Vorarbeiten geleistet, darunter die Gründung einer Stiftung, die Ausarbeitung von Plänen, die Sicherstellung der Finanzierung sowie die Akquisition von Sponsoren.

Der Votantin zufolge sei im August 2025 ein entsprechendes Gesuch an die Gemeinde eingereicht worden, welches bislang unbeantwortet geblieben sei. Sie betont, dass insbesondere der Swisslos-Fonds seine Unterstützung an die Bedingung knüpfe, dass auch die Standortgemeinde einen Beitrag leiste. Ohne entsprechenden Entscheid der Gemeinde könne somit auch die Gesamtfinanzierung nicht gesichert werden. Der ursprünglich geplante Baubeginn im Herbst 2026 habe bereits verschoben werden müssen.

Gaida Löhr unterstreicht die Dringlichkeit des Geschäfts und hält fest, dass mit dem Vorziehen der Traktanden zumindest eine zeitnahe Überweisung ermöglicht werden solle, damit eine inhaltliche Behandlung an der nächsten Sitzung erfolgen könne.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erteilt anschliessend Peter Frauchiger das Wort, weist jedoch darauf hin, dass sich die Diskussion auf die Reihenfolge der Traktanden beschränken solle.

Peter Frauchiger, FDP schliesst sich den Ausführungen von Gaida Löhr an und betont die Bedeutung des Sonnenbads für die Bevölkerung. Er hält fest, dass es sich um ein Anliegen ohne parteipolitischen Hintergrund handle und dass eine zeitnahe Behandlung angezeigt sei.

Der Präsident erkundigt sich nach weiteren Änderungsanträgen oder Wortmeldungen. Da keine weiteren Voten erfolgen, lässt er zunächst über die Aufnahme des neuen Traktandums 3 abstimmen.

Die Abstimmung wird durchgeführt.

ABSTIMMUNG

Ersatzwahlen BPK: 32 JA / 1 NEIN (Abstimmung 7)

In der Folge wird über den Antrag abgestimmt, die beiden Geschäfte (Nr. 101 und Nr. 108) zum Sonnenbad St. Margarethen vorzuziehen und direkt im Anschluss an das entsprechende Geschäft der Geschäftsprüfungskommission zu behandeln. Auch dieser Antrag wird nahezu einstimmig angenommen.

ABSTIMMUNG

Traktandum 13 & 14 neu als Traktandum 6 & 7: 33 JA / 1 NEIN / (Abstimmung 8)

BESCHLUSS

://: Änderung der Traktandenliste

Die Traktandenliste wird um folgende Traktanden ergänzt:

- Traktandum 3 «Ersatzwahlen Bau- und Planungskommission»

Die Traktandenliste wird wie folgt angepasst:

- Traktandum 13 «Postulat G. Löhr, SP: Unterstützung der Gesamterneuerung des Sonnenbades St. Margarethen» (Gesch. Nr. 101) wird neu als Traktandum 6 behandelt.
- Traktandum 14 «Postulat P. Frauchiger, FDP: Beitrag der Gemeinde Binningen zum Erhalt und zur Erneuerung des Sonnenbads St. Margarethen» (Gesch. Nr. 108) wird neu als Traktandum 7 behandelt.

Die nachfolgenden Traktanden verschieben sich entsprechend.

Traktandenliste

	Gesch. Nr.
1. Protokoll vom 2. Februar 2026	
2. Ersatzwahlen Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028	118
3. Ersatzwahlen Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028	124
4. Ersatzwahlen Primarschulrat für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028	120
5. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 21.01.2026 Dringliche Interpellation P. Frauchiger, FDP: Submission amtliches Publikationsorgan - Schutz lokaler Medienvielfalt und fairer Wettbewerb	75
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.03.2026 Postulat G. Löhr, SP: Unterstützung der Gesamterneuerung des Sonnenbades St. Margarethen Geschäftskreisführung: Marc Schinzel	101
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.03.2026 Postulat P. Frauchiger, FDP: Beitrag der Gemeinde Binningen zum Erhalt und zur Erneuerung des Sonnenbads St. Margarethen Geschäftskreisführung: Marc Schinzel	108
8.* Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 28.10.2025 Postulat K. Lancashire, FDP: Mehr Wirkung, weniger Aufwand: Optimierung der Wahlplakatierung Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	53
9.* Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.09.2025 Interpellation C.D. Maier, FDP: Grünstadt Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	79
10.* Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.01.2026 Interpellation L. Lempert, SP: Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	92
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.01.2026 Motion Ch. Schmid, SVP: Begrenzung der Stellenprozente und Kosten pro Einwohner in der Gemeindeverwaltung Binningen auf das Niveau von 2019 Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	78
12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 03.03.2026 Interfraktionelles Postulat: Verbesserung der Transparenz und Steuerfähigkeit der Gemeindeverwaltung Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	116

13.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.01.2026 Postulat L. Behrends, FDP: Prüfung eines automatischen Steuerrückvergütungsmechanismus in Binningen Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti	84
14.	Bericht / Antrag des Gemeinderates vom 03.03.2026 Interfraktionelle Interpellation: Mitwirkung ergebnisoffen gestalten Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	98
15.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.02.2026 Postulat R. Oberli, SVP: Begrünung Tramtrasse Linie 10/17 Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	102
15.	Diversa	

* verschobenes Traktandum

Traktandum 1

Protokoll vom 2. Februar 2026

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP eröffnet die Behandlung des Traktandums und führt aus, dass zum Protokoll der Sitzung vom 2. Februar 2026 keine schriftlichen Änderungsanträge beim Büro eingegangen seien. Er erkundigt sich nach Änderungswünschen aus dem Rat.

Christian Schmid, SVP meldet sich zu Wort und beantragt eine Präzisierung seines Votums zu Traktandum 7 der letzten Sitzung vom 2. Februar 2026, Baumschutzreglement, 1. Lesung, Gesch. Nr. 46.

Er hält fest, dass seine damalige Aussage dahingehend ergänzt werden solle, dass er im Rahmen eines möglichen Unterstützungskomitees für AHV-Rentnerinnen und -Rentner bereit sei, persönlich einen finanziellen Beitrag von 500 Franken zu leisten. Interessierte könnten sich entsprechend bei ihm melden.

Im Übrigen verweist der Votant auf sein bereits protokolliertes Votum. Er fügt an, er sei enttäuscht, dass trotz geäusselter Unterstützung für den Baumschutz im Rat keine Bereitschaft signalisiert worden sei, sich auch privat finanziell zu engagieren.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP weist darauf hin, dass Änderungsanträge gemäss Geschäftsordnung grundsätzlich schriftlich einzureichen seien, um eine präzise Erfassung zu gewährleisten, und erkundigt sich nach der genauen Fundstelle im Protokoll.

Christian Schmid, SVP präzisiert, dass es sich um sein viertes Votum auf Seite 16 im letzten Abschnitt handle und bietet an, die Ergänzung schriftlich nachzureichen.

Auf Nachfrage des Präsidenten, ob es sich um eine Ergänzung oder eine Korrektur handle, erklärt der Votant, dass es sich um eine Ergänzung handle.

Sirin Hauri, Grüne/EVP äussert Zweifel daran, dass die entsprechende Aussage in der geschilderten Form gefallen sei und hält fest, sie könne sich nicht daran erinnern.

Christian Schmid, SVP entgegnet, er habe sich die Aufnahme nochmals angehört und sei der Auffassung, dass die Aussagen sinngemäss so erfolgt seien.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP schlägt vor, die Genehmigung des Protokolls zu vertagen. Der Votant werde seine Ergänzung schriftlich einreichen, woraufhin das Geschäft in der nächsten Bürositzung behandelt und das Protokoll an der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt werde.

Korrektur wird an der Bürositzung vom 30. April 2026 beraten.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 118

Ersatzwahlen Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP führt aus, dass an der letzten Sitzung Christian Schmid, SVP als Mitglied in die Rechnungsprüfungskommission (RPK) gewählt worden sei und es nun gelte, seinen freigewordenen Sitz als Ersatzmitglied neu zu besetzen.

Er erläutert weiter, dass im Vorfeld der letzten Sitzung seitens des Rechtsdienstes der Gemeinde darauf hingewiesen worden sei, dass gemäss § 98 des Gemeindegesetzes Schulratsmitglieder nicht gleichzeitig Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission (GPK) oder der Rechnungsprüfungskommission (RPK) sein dürften. Inzwischen habe der Rechtsdienst des Kantons klargestellt, der Regierungsrat hätte im Jahr 2017 festgehalten, dass diese Unvereinbarkeit lediglich für Mitglieder von Primarschul- und Musikschulräten gelte, nicht jedoch für Sekundarschulräte. Infolgedessen sei eine Wahl von Charlotte Marti, SVP als Ersatzmitglied zulässig.

Der Präsident bittet um Wahlvorschläge.

Hubert Steffen, SVP schlägt im Namen der SVP-Fraktion Charlotte Marti als Ersatzmitglied der RPK vor.

Weitere Wahlvorschläge erfolgen nicht.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP stellt fest, dass Charlotte Marti, SVP in stiller Wahl als Ersatzmitglied in die Rechnungsprüfungskommission gewählt ist, und gratuliert ihr zur Wahl.

BESCHLUSS

://: Charlotte Marti, SVP wird für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 als Ersatzmitglied in die Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 124

Ersatzwahlen Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP führt aus, dass infolge des Rücktritts von Stefan Gubelmann ein Sitz in der Bau- und Planungskommission (BPK) neu zu besetzen sei und dieser der SVP-Fraktion zustehe.

Er bittet um entsprechende Wahlvorschläge.

Hubert Steffen, SVP schlägt Charlotte Marti, SVP als Mitglied der Bau- und Planungskommission vor.

Weitere Wahlvorschläge erfolgen nicht.

Der Präsident stellt fest, dass Charlotte Marti, SVP in stiller Wahl auch als Mitglied der Bau- und Planungskommission gewählt ist, und gratuliert ihr zur Wahl.

BESCHLUSS

://: Charlotte Marti, SVP wird für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 als Mitglied in die Bau- und Planungskommission gewählt.

Traktandum 4

Gesch. Nr. 120

Ersatzwahlen Primarschulrat für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP führt aus, dass Kevin Lancashire seinen Rücktritt aus dem Primarschulrat erklärt habe und es gelte, ein neues Mitglied aus der FDP-Fraktion zu wählen.

Er bittet die FDP-Fraktion um einen Wahlvorschlag.

Evelyne Treuthardt, FDP schlägt Christoph Daniel Maier als neues Mitglied des Primarschulrates vor.

Weitere Vorschläge werden nicht eingebracht.

Der Präsident stellt fest, dass Christoph Maier in stiller Wahl gewählt ist. Er dankt Kevin Lancashire für seinen Einsatz im Primarschulrat und gratuliert dem neu gewählten Mitglied zur Wahl.

BESCHLUSS

://: Christoph Maier, FDP wird für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 als Mitglied in den Primarschulrat gewählt.

Traktandum 5

Gesch. Nr. 75

Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 21.01.2026

Dringliche Interpellation P. Frauchiger, FDP: Submission amtliches Publikationsorgan - Schutz lokaler Medienvielfalt und fairer Wettbewerb

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP eröffnet die Behandlung des Traktandums und erteilt der Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission das Wort.

Karin Müller, SP führt aus, dass der Einwohnerrat zuvor entschieden habe, bei der Wahl eines amtlichen Publikationsorgans nicht mit anderen Leimentaler Gemeinden zusammenzuspannen, woraufhin der Gemeinderat eine eigene Binninger Publikation ausgeschrieben habe. Nachdem der Auftrag an die Friedrich Reinhardt AG und nicht an die in Binningen ansässige Buchdruckerei Lüdin AG vergeben worden sei, habe dies sowohl im Rat als auch in Teilen der Bevölkerung Irritation ausgelöst.

In der Folge habe *Peter Frauchiger, FDP* die Interpellation «Submission amtliches Publikationsorgan – Schutz lokaler Medienvielfalt und fairer Wettbewerb» eingereicht, welche am 23. Juni 2025 beantwortet worden sei. Gleichzeitig sei das Geschäft zur vertieften Prüfung an die Geschäftsprüfungskommission überwiesen worden.

Die Votantin führt weiter aus, dass sich die Kommission in drei Sitzungen im September, Oktober und November 2025 mit der Thematik befasst habe. Der Gemeinderat habe der Kommission vollständigen Einblick in sämtliche Unterlagen der Ausschreibung 2025 gewährt. Zusätzlich seien auch die Unterlagen der früheren Ausschreibung aus dem Jahr 2019 beigezogen worden, um ein umfassendes Bild zu erhalten.

Weiter wird erläutert, dass die Kommission in der Sitzung vom 12. November 2025 ihre Fragen im direkten Austausch mit der Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi sowie dem stellvertretenden Gemeindeverwalter Bernard Keller habe klären können. Die Antworten seien zudem schriftlich festgehalten worden. Der vorliegende Bericht sei in zwei Lesungen vom 3. Dezember 2025 sowie vom 21. Januar 2026 einstimmig verabschiedet worden.

Die Votantin hält fest, dass die Kommission kein Fehlverhalten der Gemeinde habe feststellen können. Aus Sicht der Kommission habe der Gemeinderat die Forderungen aus den beiden parlamentarischen Vorstössen ganz im Sinne des Einwohnerrates umgesetzt. Dabei handle es sich um das Postulat der GRPK «Ausschreibung des amtlichen Publikationsorganes», Geschäft 199/XIII und das interfraktionelle Postulat «Eigener Anzeiger statt Anschluss an den Leimentaler Bibo», Geschäft 23/XIV.

Im Weiteren führt sie aus, dass nach der Vergabe des Auftrags der Vorwurf von Dumpingpreisen und unfairem Wettbewerb im Raum gestanden habe. Dazu hält sie fest, dass der Gemeinderat den Preis bewusst tief gewichtet habe. Eine Dorfzeitung stelle definitionsgemäss kein komplexes Projekt dar. Komplexe Projekte seien definiert als schwierig durchschaubar, erfordern viel Wissen, sind wenig statisch also volatil. Bei einfachen Projekten hingegen erfolge die Bewertung in Ausschreibungen in erster Linie über den Preis.

Gemäss kantonalem Leitfaden werde bei einfachen Projekten eine Preisgewichtung von 70 - 100 % empfohlen, bei komplexen Projekten hingegen von 40 - 70 %. Der Gemeinderat habe sich mit der gewählten Gewichtung am unteren Rand bewegt und sei damit den Anbietenden entgegengekommen. Diese Praxis habe bereits bei der Ausschreibung im Jahr 2019 bestanden.

Beim Vergleich der Angebote habe der Binner Anzeiger rund 17 % teurer offeriert als das Binner Wochenblatt. Die Votantin hält fest, dass bei einer höheren Gewichtung des Preises der Vergabeentscheid noch deutlicher ausgefallen wäre. Aufgrund des erheblichen Preisunterschieds habe letztlich dennoch der Preis den Ausschlag gegeben, während die Kriterien Konzept und Qualität mit je 30 % Gewichtung keinen entscheidenden Unterschied bewirkt hätten.

Gleichzeitig wird ausgeführt, dass im Bericht festgehalten sei, dass die journalistische und redaktionelle Qualität des Binner Anzeigers, mit Ausnahme der Berichterstattung aus dem Einwohnerrat, wiederholt bemängelt worden sei.

Abschliessend betont die Votantin, dass die Kommission bei dieser Submission nicht die Fairness, sondern die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben habe prüfen müssen. Dennoch könne festgehalten werden, dass der Gemeinderat innerhalb seines gesetzlichen Handlungsspielraums keinen Anbieter benachteiligt habe und bei der Vergabe nicht anders habe entscheiden können, ohne berechtigte Beschwerden zu riskieren.

Sie dankt den Kommissionsmitgliedern sowie der Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi und Bernard Keller für die konstruktive Zusammenarbeit und bittet den Einwohnerrat, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP ersucht anschliessend um Wortmeldungen der Fraktions-sprecher.

Jonas Lüthi, FDP führt aus, die FDP-Fraktion habe den Bericht zur Kenntnis genommen. Er hält fest, dass die Abklärungen schlüssig gewesen seien und die Fragestellungen umfassend beantwortet worden seien. Aus Sicht der Fraktion sei alles korrekt verlaufen, und es habe keine Benachteiligung des Binninger Anzeigers stattgefunden. Die Fraktion empfehle daher die Kenntnisnahme.

Gian Kamber, Mitte/GLP dankt im Namen seiner Fraktion der GPK für die sorgfältige und umfassende Aufarbeitung. Er führt aus, dass das Verfahren korrekt durchgeführt worden sei und kein Fehlverhalten des Gemeinderates vorliege. Die Kriterien Preis, Konzept und Qualität seien transparent definiert, gewichtet und angewendet worden. Ausschlaggebend sei insbesondere der deutliche Preisunterschied gewesen. Gleichzeitig seien auch qualitative Aspekte berücksichtigt worden. Die Bewertung sei nachvollziehbar und konsistent erfolgt. Die Mitte/GLP-Fraktion nehme den Bericht zur Kenntnis.

Karin Glaser, Grüne/EVP verzichtet auf eine erneute detaillierte Darstellung der Inhalte und hält fest, dass der Bericht ausführlich, klar verständlich und vollständig sei. Es bestünden keine offenen Fragen. Sie dankt sowohl der GPK als auch dem Gemeinderat für die sorgfältige Arbeit. Die Fraktion nehme den Bericht zur Kenntnis.

Erik Schellenberg, SP hält fest, dass der Bericht sehr gut ausgearbeitet und fair sei. Die SP-Fraktion nehme den Bericht zur Kenntnis.

Charlotte Marti, SVP erklärt, die SVP-Fraktion nehme den Bericht zur Kenntnis und danke allen Beteiligten. Gleichzeitig bedauere man, dass der Binninger Anzeiger nicht weiter beauftragt werde. Der Votantin zufolge unterscheide sich das neue Wochenblatt inhaltlich und enthalte aus ihrer Sicht viele auswärtige Werbungen. Sie bringt dies als Anregung ein. Die SVP-Fraktion nehme den Bericht zur Kenntnis.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erkundigt sich nach weiteren Wortmeldungen.

Peter Frauchiger, FDP schliesst sich dem Dank an und würdigt den Bericht als Initiant des Prüfauftrags ausdrücklich. Der Votant hält fest, dass der Bericht sehr ausführlich und gelungen sei. Im Unterschied zur Vorrednerin äussert er sich zufrieden mit dem neuen Publikationsorgan.

Er bringt jedoch eine Anmerkung zur langfristigen Preisentwicklung an. Bezugnehmend auf eine Passage im Bericht führt er aus, dass im Jahr 2019 die Buchdruckerei Lüdin AG günstiger offeriert habe, während sich in der aktuellen Ausschreibung ein deutlich grösserer Preisunterschied ergeben habe. Vor dem Hintergrund der zuvor geäusserten Diskussion um Dumpingpreise stelle sich für ihn die Frage nach der Nachhaltigkeit des aktuellen Preisniveaus. Der Votant hält fest, dass sich dies erst in Zukunft zeigen werde.

Roman Oberli, SVP äussert, dass es in der Bevölkerung teilweise zu Missverständnissen hinsichtlich früherer Vorstösse gekommen sei. Er hält fest, dass er den Binninger Anzeiger stets als gutes Produkt wahrgenommen habe, gleichzeitig aber auch das neue Publikationsorgan positiv bewerte. Konkurrenz belebe das Geschäft. Weiter betont er, dass er den Gemeinderat durchaus kritisiere, wenn Anlass dazu bestehe, in diesem Fall jedoch festhalte, dass dieser korrekt gehandelt habe.

Christian Schmid, SVP schliesst sich den vorangehenden Voten an und hält fest, dass er dem Gemeinderat in diesem Fall 100% Recht gebe, was aus seiner Sicht nicht oft passiere.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die positiven Rückmeldungen. In Replik auf das Votum von Peter Frauchiger führt sie aus, dass die angesprochene Passage missverstanden werden könne. Sie erläutert, dass im Jahr 2019 die Buchdruckerei Lüdin AG preislich näher beim Reinhardt Verlag gelegen habe, während sie in der aktuellen Ausschreibung ihren Preis deutlich erhöht habe. Der grössere Preisunterschied sei somit nicht auf eine Senkung der Preise durch den Reinhardt Verlag zurückzuführen, sondern auf die veränderte Offerte der Buchdruckerei Lüdin AG. Sie hält fest, dass es sich hierbei um ein mögliches Missverständnis handle.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Er dankt der Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission für die Ausführungen und hält fest, dass über die Kenntnisnahme des Berichts nicht abgestimmt werden müsse.

Traktandum 6

Gesch. Nr. 101

Postulat G. Löhr, SP: Unterstützung der Gesamterneuerung des Sonnenbades St. Margarethen

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP eröffnet die Behandlung des Traktandums.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Der Präsident ersucht anschliessend um die Voten der Fraktionssprecher.

Gaida Löhr, SP dankt dem Gemeinderat dafür, dass dieser bereit sei, das Postulat zu bearbeiten. Gleichzeitig zeigt sie sich irritiert darüber, dass nach längerer Bearbeitungszeit lediglich eine sehr kurze Stellungnahme ohne inhaltliche Ausführungen vorliege.

Die Votantin führt aus, dass das Sonnenbad im Jahr 1903 gegründet worden sei und somit auf eine über 120-jährige Geschichte zurückblicke. Seit jeher habe der Verein mit grossem Engagement und umfangreicher Freiwilligenarbeit ein attraktives Angebot für die Bevölkerung geschaffen, ohne dass die Gemeinde bislang finanzielle Beiträge habe leisten müssen. Im Gegenteil habe die Gemeinde als Miteigentümerin im Vergleich zu den anderen Eigentümern einen deutlich höheren Pachtzins verlangt. Die Votantin führt weiter aus, dass die beiden anderen Eigentümer einen Pachtzins von 4 bis 6 Franken pro Are verlangen würden, während die Gemeinde Binningen einen Betrag von 45 Franken pro Are erhebe, was etwa dem Zehnfachen entspreche. Sie hält fest, dass die Gemeinde dem Sonnenbad somit nicht in besonderem Masse grosszügig entgegengekommen sei.

Weiter wird ausgeführt, dass das Sonnenbad insbesondere für Familien mit Kleinkindern sowie für ältere Menschen ein ruhiges und geschätztes Angebot darstelle. Aufgrund des hohen Alters der Anlage bestehe nun ein erheblicher Sanierungsbedarf, welcher durch den Verein allein nicht mehr getragen werden könne.

Die Votantin verweist auf die Dringlichkeit des Geschäfts und hebt hervor, dass eine Unterstützung durch die Gemeinde Voraussetzung für Beiträge weiterer Geldgeber sei. Gleichzeitig seien im Gesuch an die Gemeinde konkrete Gegenleistungen vorgesehen, darunter Vergünstigungen für die Bevölkerung sowie Nutzungsmöglichkeiten für Schulklassen.

Im Weiteren erläutert sie die geplanten Elemente der Gesamterneuerung, darunter ein Naturbad, eine 25-Meter-Bahn, ein ganzjährig betriebenes Café, eine Sauna sowie ein Saal für Veranstaltungen. Diese

Angebote würden einen deutlichen Mehrwert für die Gemeinde darstellen und könne als interessant bewertet werden.

Hinsichtlich der Kosten hält sie fest, dass im Rahmen des Projekts auch die Wiederherstellung der eingestürzten Stützmauer übernommen werde. Dadurch könnten der Gemeinde Kosten in der Höhe von 200'000 Franken eingespart werden. Ebenso seien die Fahrradparkplätze im Angebot enthalten.

Die Votantin beurteilt das Gesamtangebot als sehr vorteilhaft für die Gemeinde und ihre Einwohnerinnen und Einwohner. Sie hebt hervor, dass die Gemeinde letztlich lediglich 10 bis 20 % der Kosten zu tragen habe, was aus ihrer Sicht einem „Geschenk“ gleichkomme.

Weiter führt sie aus, dass im Vergleich zu den Unterhaltskosten anderer Sportanlagen die hier einmalig anfallenden Kosten geringer ausfallen würden als deren Aufwand innerhalb von zwei bis drei Jahren.

Abschliessend appelliert sie an den Gemeinderat, die Beantwortung nicht weiter zu verzögern. Es sei aus ihrer Sicht nicht notwendig, sämtliche Fragen abschliessend zu klären; viele Punkte habe sie in der Zwischenzeit bereits für sich beantwortet. Im Zentrum stehe die Frage, ob die Gemeinde bereit sei, das Sonnenbad mit einem Beitrag von rund 1 Million Franken zu unterstützen. Dies könne ihrer Ansicht nach bis zur nächsten Sitzung entschieden werden. Die SP-Fraktion spreche sich für die Überweisung aus.

Peter Frauchiger, FDP nimmt zur Antwort des Gemeinderats Stellung und hält fest, dass die Bereitschaft zur Prüfung und Berichterstattung formal korrekt sei. Inhaltlich falle die Antwort jedoch, insbesondere nach einer Frist von über drei Monaten seit Einreichung am 2. Dezember 2025, aus seiner Sicht deutlich zu knapp aus.

Er betont, es handle sich nicht um ein Randthema, sondern um die Zukunft des Sonnenbads St. Margrethen für die Bevölkerung, und verweist darauf, dass es sich um ein unpolitisches Anliegen handle. Entsprechend hätte er zumindest eine erste inhaltliche Einordnung oder eine klare Stossrichtung erwartet.

Weiter äussert der Votant Irritation darüber, dass bei anderen Postulaten teilweise innert kürzerer Frist konkretere Rückmeldungen erfolgt seien, während hier lediglich eine allgemeine Ankündigung vorliege.

Zusätzlich weist er darauf hin, dass die Bürgergemeinde Binningen bereits einen Beitrag von 100'000 Franken gesprochen habe, während die Gemeinde Binningen trotz länger bestehender Anfrage bislang keine finanzielle Beteiligung in Aussicht gestellt habe. Gespräche mit der Verwaltung seien nach seinem Kenntnisstand zudem nicht lösungsorientiert verlaufen.

Er hebt hervor, dass eine mögliche Mitfinanzierung durch Swisslos daran geknüpft sei, dass sich die Standortgemeinde vorgängig finanziell beteilige. Durch das Zuwarten bestehe daher das Risiko von Zeitverlust sowie eines möglichen Verlusts externer Mittel.

Der Votant bezeichnet die Situation insgesamt als unbefriedigend und erwartet vom Gemeinderat eine Priorisierung des Geschäfts sowie eine zeitnahe und substanzielle Berichterstattung. Zudem sei eine klare zeitliche Einordnung angezeigt, wann mit konkreten Ergebnissen gerechnet werden könne.

Abschliessend ersucht er den Gemeinderat, Verbindlichkeit sowohl hinsichtlich des Zeitplans als auch bezüglich der grundsätzlichen Haltung zum Anliegen zu schaffen. Mangels entsprechender Signale gehe er derzeit davon aus, dass dem Geschäft keine hohe Priorität eingeräumt werde.

Gian Kamber, Mitte/GLP hebt die Bedeutung des Sonnenbades als wichtigen Freizeit- und Begegnungs-ort für die Bevölkerung hervor, insbesondere auch für jüngere Menschen. Er führt aus, dass die wichtige Binninger Institution über das reine Badeangebot hinaus Potenzial für Veranstaltungen, wie Musikfestivals aufweise.

Gleichzeitig betont er, dass eine Sanierung unumgänglich sei. Für seine Fraktion sei entscheidend, dass insbesondere die finanziellen Auswirkungen sowie die langfristige Perspektive zeitnah geklärt würden. Die Mitte/GLP-Fraktion unterstütze die Überweisung des Postulats.

Elif Cakar, Grüne/EVP schliesst sich den vorangehenden Ausführungen an und betont den Mehrwert für die Bevölkerung. Die Fraktion Grüne/EVP unterstütze die Überweisung des Postulats.

Charlotte Marti, SVP führt aus, dass das Sonnenbad ein bedeutendes öffentliches Interesse abdecke und insbesondere für Familien einen wichtigen Erholungsort darstelle. Sie hält fest, dass eine Beteiligung der Gemeinde an den anstehenden Sanierungsarbeiten angezeigt sei. Zudem stellt sie fest, dass im Rat weitgehend Einigkeit über die Unterstützung des Anliegens bestehe und spricht sich für ein gemeinsames Vorgehen aus.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erkundigt sich, ob sich der Gemeinderat äussern möchte.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP dankt für die Voten und nimmt insbesondere die geäusserte Kritik zur Kenntnis. Gleichzeitig hebt er hervor, dass die Wortmeldungen fraktionsübergreifend die grosse Bedeutung des Sonnenbades für die Gemeinde unterstreichen würden.

Er führt aus, dass es sich um eine traditionsreiche Institution handle, deren Ursprünge bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen und die seit 1903 in Binningen bestehe. Das Sonnenbad erfülle eine wichtige Funktion als ruhiger Begegnungs- und Erholungsort und ergänze bestehende Angebote.

Das formelle Vorgehen bei Postulaten erläutert Gemeinderat Marc Schinzel dahingehend, dass entweder zunächst eine Überweisung zur Prüfung erfolgen könne oder direkt eine Vorlage erarbeitet werde. Der Gemeinderat habe sich bereits mit dem Geschäft befasst und werde die Diskussion weiterführen.

Weiter weist er darauf hin, dass bei der Beurteilung auch Aspekte wie der private Charakter der Trägerschaft sowie Fragen der Gleichbehandlung zu berücksichtigen seien. Gleichzeitig hält er fest, dass auch private Institutionen öffentliche Aufgaben erfüllen könnten.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP sichert zu, dass der Gemeinderat das Geschäft prioritär behandeln und zeitnah berichten werde. Er betont, dass eine grundsätzliche Anerkennung der Bedeutung des Sonnenbades seitens des Gemeinderates bestehe.

Er führt er weiter aus, dass die Gemeinde bereits in der Vergangenheit Leistungen zugunsten des Sonnenbades erbracht habe, unter anderem in Form von gärtnerischen Arbeiten sowie finanziellen Beiträgen, etwa im Zusammenhang mit der Sicherung einer einsturzgefährdeten Mauer während der Corona-Zeit.

Abschliessend hält der Votant fest, dass der Gemeinderat bestrebt sei, den Fortbestand des Sonnenbades zu sichern und entsprechende Lösungen zu erarbeiten.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, und lässt über die Überweisung des Postulats abstimmen.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 32 JA / 1 NEIN (Abstimmung 9)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 7

Gesch. Nr. 108

Postulat P. Frauchiger, FDP: Beitrag der Gemeinde Binningen zum Erhalt und zur Erneuerung des Sonnenbads St. Margarethen

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP kündigt den Übergang zu Traktandum 7 an und stellt fest, dass es sich um ein dem vorhergehenden Geschäft ähnliches Postulat handle, jedoch als eigenständiges Traktandum behandelt werde. Er erkundigt sich, ob das Eintreten bestritten sei, und ersucht anschliessend um die Voten der Fraktionssprecher.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Peter Frauchiger, FDP hält fest, dass er keine weiteren Ausführungen anzubringen habe.

Charlotte Marti, SVP erklärt, auch seitens der SVP-Fraktion bestünden keine zusätzlichen Anmerkungen. Die Fraktion spreche sich für die Überweisung an den Gemeinderat aus.

Gaida Löhr, SP führt aus, dass ebenfalls keine neuen inhaltlichen Punkte anzubringen seien, betont jedoch erneut die Dringlichkeit des Geschäfts. Sie hält fest, dass eine Baueingabe voraussichtlich im Juni oder spätestens im Juli 2026 erfolgen solle. Voraussetzung hierfür sei eine gesicherte Finanzierung, welche wiederum voraussetze, dass die Gemeinde Binningen einen finanziellen Beitrag leiste, damit unter anderem Mittel aus dem Swisslos-Fonds gesprochen werden könnten.

Die Votantin ergänzt, dass die Generalversammlung des Vereins am 22. April 2026 statfinde und es wünschenswert wäre, bis dahin zumindest ein Signal seitens der Gemeinde zu erhalten.

Gian Kamber, Mitte/GLP erklärt, dass keine weiteren Ergänzungen anzubringen seien.

Elif Cakar, Grüne/EVP hält ebenfalls fest, dass keine zusätzlichen Ausführungen gemacht würden.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erkundigt sich, ob sich der Gemeinderat äussern möchte.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP nimmt Stellung und führt in Replik auf die Ausführungen von Gaida Löhr, SP aus, dass dem Gemeinderat der Zeitplan bekannt sei. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass der gemeinderätliche Entscheidungsprozess nicht ausschliesslich von einer privaten Institution abhängig gemacht werden könne.

Er betont jedoch, dass dem Geschäft eine entsprechende Bedeutung beigemessen werde und die genannten Abhängigkeiten bekannt seien. Gleichzeitig werde darauf geachtet, dass sämtliche relevanten Fragestellungen sorgfältig geprüft und beantwortet würden.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, und lässt über die Überweisung des Postulats abstimmen.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 30 JA / 1 NEIN (Abstimmung 10)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 8

Gesch. Nr. 53

Postulat K. Lancashire, FDP: Mehr Wirkung, weniger Aufwand: Optimierung der Wahlplakatierung

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP eröffnet die Behandlung des Traktandums 8 und stellt das Postulat zur Optimierung der Wahlplakatierung vor. Er erkundigt sich, ob das Eintreten bestritten sei.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Der Präsident hält fest, dass im Vorfeld in der Büro-Sitzung unterschiedliche Positionen in den Fraktionen bestanden hätten. Es lägen insgesamt vier verschiedene Lösungsansätze vor. Er erteilt ausnahmsweise zunächst Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP das Wort, da diese einen Vorschlag zur Konsensfindung unterbreiten wolle.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP führt aus, dass sie im Vorfeld eine pragmatische Lösung geprüft habe. Diese habe vorgesehen, dass Parteien ihre Plakate selbstständig an den vorgesehenen Standorten nachplakatieren könnten, sofern sie die Fristen nicht einhalten könnten. Eine entsprechende Abklärung mit der APG habe jedoch ergeben, dass dieses Vorgehen nicht umsetzbar sei. Sie zieht ihren Vorschlag daher zurück und hält fest, dass im Rat über die bestehenden Varianten entschieden werden müsse.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP ersucht anschliessend um die Voten der Fraktionssprecher.

Gian Kamber, Mitte/GLP führt aus, dass das bestehende System der Wahlplakatierung grundsätzlich funktioniere, in der praktischen Umsetzung jedoch zu unflexibel sei. Insbesondere seien bei kantonalen Abstimmungen zum Zeitpunkt der Fristen häufig noch keine Parteiparolen gefasst, was die Nutzung der Plakatflächen erschwere.

Der Votant erläutert, dass sich die Fraktion auch mit alternativen Materialien wie Papierplakaten anstelle von Hohlkammerplakaten auseinandergesetzt hab. Diese bringen den Vorteil mit, dass sie viel leichter zum Transportieren sind als Hohlkammerplakate, jedoch nicht zwingend nachhaltiger seien. Zudem bestehe bei der Variante 2 ein praktisches Problem, da nicht alle Parteimitglieder über ein Fahrzeug verfügten, was den Transport und das Anbringen erschwere.

Die Variante 2 werde daher abgelehnt. Ebenso spreche sich die Fraktion gegen die Wiedereinführung der Wildplakatierung gemäss Variante 3 aus, da diese zu einem ungeordneten Erscheinungsbild führe und zusätzlichen Kontrollaufwand verursache.

Aus diesen Gründen unterstütze die Fraktion die Variante 1, welche zwar leicht höhere Kosten verursache, jedoch mehr Flexibilität biete und praktische Hürden vermeide. Die Mitte/GLP-Fraktion beantrage entsprechend die Umsetzung gemäss Variante 1 und stimme dem zweiten Antrag des Gemeinderates zu.

Roman Oberli, SVP äussert, dass die Abschaffung der Wildplakatierung aus Sicht der SVP nach wie vor kritisch beurteilt werde. Das Thema beschäftige den Rat seit längerer Zeit, ohne dass bislang eine zufriedenstellende Lösung gefunden worden sei.

Der Votant führt aus, dass die aktuelle Situation gewisse Parteien bevorteile, da diese über andere organisatorische Strukturen verfügten. Zudem sei es zunehmend schwierig, genügend Personen für freiwillige Tätigkeiten zu gewinnen. Um den Status quo zu verändern, spreche sich die SVP-Fraktion für die Variante 1 aus.

Aline Glaser, Grüne/EVP hält fest, dass ihre Fraktion aus Kostengründen am Status quo festhalten wolle. Sämtliche vorgeschlagenen Varianten würden abgelehnt.

Karin Müller, SP nimmt Bezug auf die vorangehenden Voten und hält fest, sie habe gehört, dass die aktuelle Lösung zum Vorteil der Ratslinken sei, was „für einmal toll“ gefunden werde. Sie führt aus, dies liege offenbar daran, dass sich die Linke besser organisiere.

Weiter führt sie aus, dass die SP-Fraktion mit der bestehenden Wahlplakatierung keine Probleme beständen und dies bereits mehrfach so kommuniziert worden sei. Die SP-Fraktion lehne beide Anträge des Gemeinderats ab und stelle den Antrag auf Beibehaltung des Status quo. Aus ihrer Sicht funktioniere die Wahlplakatierung in der aktuellen Form gut. Es beständen weder Probleme mit den Terminen noch würden leere Flächen als störend empfunden.

Die Votantin hält fest, es werde als bedenklich erachtet, dass sich der Rat wiederholt mit eigenen Anliegen befasse, und äussert die Hoffnung, dass die Diskussion zur Wahlplakatierung abgeschlossen werden könne. Das Postulat verlange unter anderem weniger Aufwand, die vorgeschlagene Lösung führe jedoch zu mehr Aufwand und höheren Kosten.

Zur Variante 1 führt Karin Müller aus, diese komme für die SP-Fraktion nicht infrage. Die einmaligen Kosten für Ständer von 50'000 Franken sowie jährliche Kosten von 31'500 Franken würden als definitiv zu teuer beurteilt. Zur Variante 2 wird festgehalten, dass diese einen erheblichen Mehraufwand für die Parteien bedeute, deutlich mehr als bisher. Zudem wird ausgeführt, dass auch hier die einmalige Ausgabe von 50'000 Franken für Plakatstände sowie die jährlich anfallenden Kosten von 7'500 Franken eingespart werden könnten.

In diesem Zusammenhang merkt sie an, dass damit im Grunde eine Rückkehr zur wilden Plakatierung, also Variante 3, möglich wäre, welche deutlich günstiger und nicht mit mehr Aufwand für die Parteien verbunden sei. Diese Variante werde jedoch ebenfalls abgelehnt.

Zusammenfassend hält die Votantin fest, dass die SP-Fraktion für dieses Anliegen keine zusätzlichen Steuergelder einsetzen wolle. Es werde kein Mehrwert für die Bevölkerung und auch nicht für die Parteien erkannt, sondern lediglich zusätzlicher Aufwand und höhere Kosten. Es wird ein Widerspruch darin gesehen, einerseits Effizienz in der Verwaltung zu fordern und andererseits bei eigenen Anliegen Mehraufwand und zusätzliche Kosten zu akzeptieren.

Abschliessend wird festgehalten, dass aus Sicht der SP-Fraktion grössere Herausforderungen in der Gemeinde beständen als ästhetisch unschöne Leerflächen auf Plakatstellen, welche darauf zurückzuführen

seien, dass einzelne Parteien ihre internen Abläufe nicht rechtzeitig koordinieren könnten. Der entsprechende Antrag sei bereits beim Präsidenten eingereicht worden.

Jonas Lüthi, FDP führt aus, dass der Status quo aus Sicht der FDP-Fraktion unbefriedigend sei, insbesondere aufgrund leerer Plakatflächen und unflexibler Fristen. Grundsätzlich bevorzuge die FDP zwar eine Lösung mit möglichst geringer staatlicher Einbindung, weshalb die Variante 2 grundsätzlich naheliegend erscheine.

Aus praktischen Gründen werde jedoch auch diese Variante als wenig geeignet beurteilt. Der Votant erklärt, dass sich die FDP-Fraktion daher der Variante 1 anschliesse, da diese mehr Flexibilität biete und gleichzeitig lokales Gewerbe unterstütze. Die Fraktion unterstütze sowohl die Variante 1 als auch den entsprechenden Antrag.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erkundigt sich, ob sich der Gemeinderat äussern möchte, und stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Der Präsident fasst die Diskussion zusammen. Er hält fest, dass die Fraktionen Mitte/GLP, SVP und FDP die Variante 1 – Wahlplakatierung durch einen lokalen Malerbetrieb auf eigenen Ständern – unterstützen. Die Fraktionen SP sowie Grüne/EVP sprächen sich für den Status quo und damit für die Abschreibung des Postulats aus. Der Antrag des Gemeinderates entspreche der Variante 2: Wahlplakatierung durch die Parteien auf eigenen Ständern.

Er erläutert das Abstimmungsverfahren und lässt zunächst die Varianten 1 und 2 gegeneinander ausmehren. Wer die Wahlplakatierung durch die Parteien (Variante 2) unterstütze, solle mit «Ja» stimmen, wer die Wahlplakatierung durch einen lokalen Malerbetrieb (Variante 1) bevorzuge, mit «Nein». Die Abstimmung wird durchgeführt

ABSTIMMUNG

Ausmehren: Variante Wahlplakatierung

Variante 2: 1 JA

Variante 1: 32 NEIN

1 Enthaltung (Abstimmung 11)

Anschliessend lässt *Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP* über die Umsetzung der Variante 1 abstimmen. Wer diese unterstützen wolle, stimme mit «Ja», andernfalls mit «Nein», was einer Beibehaltung des Status quo entspreche.

Die Abstimmung wird durchgeführt.

ABSTIMMUNG

Wahlplakatierung, Variante 1: 21 JA / 13 NEIN (Abstimmung 12)

Der Präsident hält fest, dass künftig ein lokaler Malerbetrieb für die Wahlplakatierung zuständig sein werde und nicht mehr die APG.

Weiter wird festgehalten, dass über die Kenntnisnahme der Kosten nicht abgestimmt werden müsse.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst die Variante 1: eigene Plakatständer – externer Dienstleister für Wahl-Plakate aufhängen. Die Gemeinde schafft an Stelle der APG-Ständer zusätzliche eigene Plakatständer an.

Traktandum 9

Gesch. Nr. 79

Interpellation C.D. Maier, FDP: Grünstadt

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP eröffnet die Behandlung des Traktandums und erkundigt sich, ob seitens des Interpellanten eine Stellungnahme oder eine Diskussion gewünscht werde beziehungsweise ob eine Stellvertretung das Wort ergreifen wolle.

Evelyne Treuthardt, FDP führt stellvertretend für C. D. Maier aus, dass die FDP-Fraktion die Ausführungen zu den verschiedenen Aspekten des Labels «Grünstadt» zur Kenntnis nehme. Sie äussert die Hoffnung, dass das Label einen positiven Einfluss auf die Arbeit des Einwohnerrates haben werde. Eine Diskussion werde nicht gewünscht.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP hält fest, dass die Antworten des Gemeinderates zur Kenntnis genommen werden.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderates.

Traktandum 10

Gesch. Nr. 92

Interpellation L. Lempert, SP: Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP eröffnet die Behandlung des Traktandums 10. Er erkundigt sich, ob seitens des Interpellanten eine Stellungnahme oder eine Diskussion gewünscht werde.

Lewin Lempert, SP verzichtet auf eine Diskussion. Er merkt jedoch an, dass er zu diesem Thema eine überparteiliche Motion eingereicht habe. Er äussert den Wunsch, dass der Gemeinderat dieses Anliegen vertieft und wohlwollend prüfe. Weiter hält er fest, dass er sich auf die zukünftige Diskussion im Rahmen dieser Motion freue, mit dem Ziel, mehr bezahlbaren Wohnraum in Binningen zu schaffen.

Der Präsident dankt dem Gemeinderat und hält fest, dass die Beantwortung der Interpellation zur Kenntnis genommen wird.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderates.

Traktandum 11

Gesch. Nr. 78

Motion C. Schmid, SVP: Begrenzung der Stellenprozente und Kosten pro Einwohner in der Gemeindeverwaltung Binningen auf das Niveau von 2019

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP eröffnet die Behandlung des Traktandums und erkundigt sich, ob das Eintreten bestritten sei.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Der Präsident ersucht die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher um ihre Voten.

Christian Schmid, SVP führt aus, dass die Motion die Frage aufwerfe, weshalb die Verwaltung schneller wachse als die Bevölkerung. Er hält fest, dass der Gemeinderat diese Frage aus seiner Sicht nicht beantworte, sondern stattdessen allgemeine Ausführungen zur finanziellen Lage der Gemeinde mache, welche nicht im Zusammenhang mit der Fragestellung stünden.

Weiter erläutert der Votant, der Gemeinderat bezeichne das Referenzjahr 2019 als willkürlich. Er entgegnet, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie ab 2020 nicht ausser Acht gelassen werden dürften. Zudem kritisiert er den politischen Diskurs und merkt an, es seien im Gemeinderat Aussagen gefallen, wonach man sich gewisse Forderungen „ans Bein streichen“ solle.

Der Votant hält fest, der Gemeinderat bestätige selbst, dass die Personalkosten stärker wachsen als die Bevölkerung, womit das in der Motion angesprochene Problem anerkannt werde. Dennoch werde kein Handlungsbedarf gesehen. Er betont, zusätzliche Aufgaben bedeuteten nicht zwingend einen Ausbau der Verwaltung, sondern erforderten vielmehr eine Prioritätensetzung durch Politik und Parlament. Weiter führt er aus, eine effizientere Organisation der Verwaltung könnte seiner Ansicht nach zu einer Reduktion der Steuern führen. Die Motion entspreche klassischer bürgerlicher Politik, wonach Kosten kontrolliert und die Verwaltung effizient geführt werden solle. Er erwartet insbesondere von der FDP Unterstützung, da vergleichbare Steuerungsinstrumente in anderen Kantonen bereits Anwendung fänden. Auch findet er, es sei durch die Mitunterzeichner vom interfraktionellen Postulat «Verbesserung der Transparenz und Steuerungsfähigkeit der Gemeindeverwaltung» Bewegung in die Sache gekommen.

Abschliessend hält der Votant fest, auch wenn die Motion voraussichtlich keine Mehrheit finde, sei eine Abstimmung wichtig, um gegenüber der Bevölkerung Transparenz darüber zu schaffen, wer sich für eine effiziente Verwaltung einsetze.

Urs Hauri, Grüne/EVP äussert, die Fraktion danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für den Bericht und werde die Motion nicht überweisen. Es wird ausgeführt, die Lohnkosten stünden in einem angemessenen Verhältnis zu Ertrag und Aufwand. Zudem verursachten vom Einwohnerrat beschlossene Leistungen entsprechende Kosten.

Er nennt exemplarisch die Kosten für die Wahlplakatierung 31'000 Franken pro Jahr sowie Investitionen von 50'000 Franken. Ebenso würden neue Aufgaben durch Bund und Kanton zu einem Mehraufwand führen. Ebenso würden zusätzliche Aufgaben durch Bund und Kanton übertragen. Generell stelle man fest, dass die zunehmende Komplexität der Aufgaben zu höheren Kosten führe.

Weiter wird erläutert, Digitalisierung könne zwar punktuell Effizienzgewinne bringen, sei jedoch bei zahlreichen Aufgaben, etwa beim Mittagstisch, beim Ranger-Dienst oder bei der Wahlplakatierung, nicht entscheidend. Der Votant betont, auch die Fraktion befürworte eine effiziente Verwaltung, sehe jedoch Potenzial insbesondere in der interkommunalen Zusammenarbeit.

Er stellt die Frage, wie Effizienz überhaupt gemessen werde, und weist darauf hin, dass Vergleiche zwischen Gemeinden methodisch schwierig seien. Eine Reduktion des Personals könne zu einem Abbau oder einer Verschlechterung von Dienstleistungen führen, wie dies auch in der Privatwirtschaft beobachtet werde. Für eine qualitativ gute und zeitnahe Leistungserbringung sei ausreichend qualifiziertes Personal erforderlich. Der Votant schliesst, eine pauschale Begrenzung des Personalbestands sei der falsche Ansatz.

Andrea De Fregias, SP erklärt, die SP-Fraktion lehne die Überweisung der Motion ab. Zwar seien Effizienz und ein sorgfältiger Umgang mit öffentlichen Mitteln wichtig, die Motion sei jedoch nicht überzeugend. Sie führt aus, der Bezug auf das Jahr 2019 sei willkürlich und berücksichtige nicht die seither hinzugekommenen Aufgaben und Leistungen. Diese ergäben sich teils aus politischen Entscheiden, teils aus gesetzlichen Vorgaben. Mehr Aufgaben führten zwangsläufig zu mehr Aufwand. Weiter hält sie fest, die finanzielle Entwicklung der Gemeinde sei solide. Die Motion setze am falschen Hebel an und würde letztlich zu einem undifferenzierten Abbau von Leistungen führen.

Felix Gerber, Mitte/GLP dankt Christian Schmid für das Aufbringen des Themas. In Zeiten steigender laufender Kosten sowie wiederkehrender, teils langwieriger Diskussionen über einzelne Investitionsprojekte sei es sinnvoll, sich auch mit dieser Thematik auseinanderzusetzen.

Die Motion wird jedoch als zu wenig fundiert beurteilt. Sie basiere auf der Annahme beziehungsweise einer politischen Grundhaltung, wonach die Verwaltung nicht effizient arbeite und dort relevante Einsparungen erzielt werden könnten. Ob diese Annahme zutreffe, könne mangels entsprechender Zahlen nicht beurteilt werden. Zudem seien, wie bereits von Andrea De Fregias ausgeführt, auch die Folgen nicht absehbar.

Weiter weist Felix Gerber darauf hin, dass unterschiedliche Argumentationslinien vorlägen: Einerseits werde geltend gemacht, die Kosten stiegen schneller als die Einwohnerzahlen, andererseits halte der Gemeinderat fest, die Kosten stiegen weniger stark als Erträge und Aufwände. Es bestehe somit keine Einigkeit darüber, anhand welcher Kriterien eine Beurteilung erfolgen solle.

Aus diesen Gründen könne der Motion nicht zugestimmt werden; stattdessen wird eine fundiertere Diskussion als erforderlich erachtet.

Marco Giani, FDP bedankt sich beim Motionär Christian Schmid sowie beim Gemeinderat und der Verwaltung für die Beantwortung. Er führt aus, die FDP-Fraktion sehe die Thematik grundsätzlich als berechtigt an, lehne die Überweisung jedoch zum jetzigen Zeitpunkt ab. Es wird ausgeführt, es fehle eine vertiefte Analyse, um die vorgeschlagenen Massnahmen sachlich beurteilen zu können. Solche Entscheide erforderten zudem einen langfristigen Betrachtungshorizont.

Weiter hält der Votant fest, zunächst müssten sämtliche Leistungsaufträge überprüft werden. Die FDP werde jedoch das nachfolgende Postulat «Verbesserung der Transparenz und Steuerungsfähigkeit der Gemeindeverwaltung» (Geschäft Nr. 116) unterstützen, um künftig über eine bessere Datengrundlage zu verfügen, um diese Vorstösse besser beurteilen zu können und generell mehr Einsicht in die Kostenstruktur der Gemeinde zu haben.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erkundigt sich, ob sich der Gemeinderat äussern möchte.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP erklärt, der Gemeinderat begrüsse es, dass die Motion mehrheitlich nicht überwiesen werde. Sie hält fest, es würden zwei Kennzahlen miteinander verglichen, die isoliert betrachtet keine verlässlichen Schlüsse zulassen.

Weiter führt sie aus, das Jahr 2019 sei insofern willkürlich, als ebenso gut andere Jahre hätten gewählt werden können. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie seien dabei nicht vergessen worden. Der Gemeinderat habe bewusst keinen alternativen Vorschlag unterbreitet, da ein statischer Vergleich dieser Art als nicht zielführend erachtet werde.

Sie betont, die Thematik werde mit dem nachfolgenden Postulat differenzierter aufgenommen, an dessen Ausarbeitung der Gemeinderat mitgewirkt habe. Dadurch könnten fundiertere Entscheidungsgrundlagen geschaffen werden.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP fragt nach weiteren Wortmeldungen.

Christian Schmid, SVP meldet sich erneut zu Wort und merkt an, die Motion sei bereits im Juni 2025 eingereicht worden. Es habe somit ausreichend Zeit bestanden, um fundierte Lösungsansätze zu erarbeiten. Die späte Behandlung erschwere nun die Entwicklung konkreter Umsetzungsvorschläge.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP leitet zur Abstimmung über. Er erläutert das Verfahren: Wer die Motion nicht überweisen wolle, stimme «Ja»; wer sie überweisen wolle, stimme «Nein». Die Abstimmung wird durchgeführt.

ABSTIMMUNG

Nicht-Überweisung: 26 JA / 8 NEIN (Abstimmung 13)

BESCHLUSS

://: Die Motion wird nicht überwiesen.

Traktandum 12

Gesch. Nr. 116

Interfraktionelles Postulat: Verbesserung der Transparenz und Steuerungsfähigkeit der Gemeindeverwaltung

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP eröffnet das Traktandum 12 und erkundigt sich, ob das Eintreten bestritten sei.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Er eröffnet die Beratung und bittet die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher um ihre Voten.

Felix Gerber, Mitte/GLP dankt eingangs allen Beteiligten, die an der Vorbereitung mitgewirkt haben, insbesondere der Verwaltung sowie Christian Häfelfinger und dem Gemeinderat, für die proaktive Unterstützung. Er führt aus, die vorgängigen Diskussionen seien teilweise anspruchsvoll gewesen, hätten jedoch wichtige Erkenntnisse ermöglicht. So habe sich beispielsweise gezeigt, dass ein ursprünglicher Fokus allein auf Verwaltungseffizienz im Titel nicht ausreichend gewesen sei und entsprechend angepasst werden müsse.

Der Votant erläutert, der Einwohnerrat habe den Auftrag, Leistungsaufträge und Globalbudgets festzulegen sowie eine Aufsichtsfunktion, insbesondere über die Rechnungsprüfung, wahrzunehmen. Für fundierte und transparente Diskussionen sei es jedoch notwendig, einen Gesamtüberblick über die Leistungen der Gemeinde, deren Kosten sowie deren Effizienz zu haben.

Es wird festgestellt, dass ein solcher Überblick aktuell häufig fehle. Dies habe sich nicht nur im Zusammenhang mit der vorangegangenen Motion gezeigt, sondern auch in früheren Diskussionen. So könne beispielsweise nicht verlässlich beurteilt werden, ob die Gemeindeverwaltung ineffizienter oder teurer geworden sei, wie sie im Vergleich zu anderen Gemeinden dastehe oder ob Kostensteigerungen primär auf zusätzliche Leistungen zurückzuführen seien. Viele dieser grundlegenden Fragen könnten derzeit nicht klar beantwortet werden.

Weiter führt der Votant aus, die bestehenden Berichterstattungen enthielten zwar Ziele und Kennzahlen, seien jedoch inhaltlich unzureichend. Als Beispiel nennt er den Einwohnerdienst: Dort bestehe das übergeordnete Ziel darin, die Einwohnerinnen und Einwohner kompetent zu beraten; messbare Ziele fehlten jedoch, und als Kennzahl werde lediglich die Einwohnerzahl aufgeführt. Angaben zu bearbeiteten Aufträgen, Kosten oder Vergleichen mit anderen Gemeinden fehlten vollständig. Dadurch sei es dem Einwohnerrat nicht möglich, fundiert zu beurteilen, ob und wo Handlungsbedarf bestehe.

Der Votant hält fest, dass unterschiedliche politische Einschätzungen – etwa hinsichtlich der Effizienz der Verwaltung – vor diesem Hintergrund nachvollziehbar seien, da die notwendige Datengrundlage fehle. Genau hier setze das vorliegende Postulat an. Er erläutert weiter, dass die Verbesserung der Situation nicht einfach sei, weshalb das Postulat bewusst offen formuliert worden sei. Die Verwaltung habe hierzu wertvolle Inputs geliefert und zur inhaltlichen Schärfung beigetragen. Das Postulat gliedere sich in zwei Teile: Im ersten Teil gehe es darum, die Arbeit des Einwohnerrates zu verbessern, indem relevante Kennzahlen besser nachvollzogen werden können. Ziel sei es, fundierte Diskussionen zu ermöglichen, beispielsweise auf Basis von Vorprüfungen durch die Rechnungsprüfungskommission, welche Schwachstellen identifizieren und die Auswirkungen möglicher Anpassungen aufzeigen könne. Im zweiten Teil liege der Fokus stärker auf der Umsetzung durch Gemeinderat und Verwaltung. Dabei werde betont, dass die Aufsichtsfunktion des Einwohnerrates gewahrt bleiben müsse, ohne sich in operative Details einzumischen.

Weiter führt der Votant aus, Themen wie Digitalisierung seien regelmässig mit Investitionen verbunden, bei denen Einsparpotenziale in Aussicht gestellt würden, deren tatsächliche Wirkung jedoch oft nicht messbar sei. Hier bestehe ebenfalls Verbesserungsbedarf in Bezug auf Transparenz und Nachvollziehbarkeit.

Auch die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden wird als möglicher Ansatz genannt, wobei betont wird, dass solche Kooperationen nicht ohne nachvollziehbare Berichterstattung erfolgen sollten. Vielmehr müsse ersichtlich sein, welche Ergebnisse erzielt würden, um gegenüber der Bevölkerung Rechenschaft ablegen zu können.

Abschliessend hält der Votant fest, das Postulat sei als weitgehend unpolitischer Vorstoss zu verstehen, der darauf abziele, die Arbeitsgrundlagen des Einwohnerrates zu verbessern und sachlich fundierte Diskussionen zu ermöglichen. Er äussert die Hoffnung auf breite Unterstützung sowie darauf, dass bei Annahme des Postulats die weiteren Arbeiten – insbesondere in der Rechnungsprüfungskommission – konstruktiv weitergeführt werden können.

Marco Giani, FDP bedankt sich beim Postulanten Felix Gerber sowie bei den Mitunterzeichnenden. Besonderer Dank wird auch Christian Häfelfinger ausgesprochen, der die Thematik im Vorfeld konstruktiv mit den Initianten besprochen habe.

Er schliesst sich den Ausführungen seines Vorredners an und teilt mit, dass die FDP-Fraktion das Postulat überweisen sowie der Überweisung an die Rechnungsprüfungskommission (RPK) zustimmen werde. Er hält fest, dass dadurch die Möglichkeit geschaffen werde, zusätzliche Transparenz und verbesserte Entscheidungsgrundlagen zu erhalten, welche es den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten erlauben sollen, zukünftige Geschäfte sachlicher und fundierter zu beurteilen.

Im Rahmen der Arbeiten der RPK könne auch die externe Revisionsstelle einbezogen werden, merkt der Votant weiter an. Da die Möglichkeit bestehe, spezifische Themen extern prüfen zu lassen, könnten sich entsprechende Fragestellungen für eine solche Prüfung eignen.

Olivier Kremo, SVP führt aus, aus Sicht der SVP sei es sinnvoll, die aufgeworfenen Fragestellungen vertieft zu behandeln und sich dafür die notwendige Zeit zu nehmen. Er schliesst sich den Ausführungen von Felix Gerber an und hält fest, dass aktuell eine ungenügende Übersicht bestehe und wichtige Informationen fehlten.

Weiter wird betont, dass die Thematik ernsthaft behandelt werden müsse. Im Zusammenhang mit der vorangegangenen Motion von Christian Schmid sei dieser Eindruck nicht entstanden. Unterschiedliche Meinungen und Prioritäten seien zwar legitim, entscheidend sei jedoch, dass die Fragestellung mit der nötigen Seriosität angegangen werde.

Der Votant hebt hervor, dass es sich um Steuergelder handle, die andernorts fehlen könnten. Es sei deshalb wichtig, frühzeitig zu handeln, um möglichen finanziellen Herausforderungen in der Zukunft vorzubeugen. Aus diesem Grund spricht sich die Fraktion dafür aus, das Postulat sowohl an den Gemeinderat als auch an die RPK zu überweisen.

Peter Bertschi, Grüne/EVP erläutert, das Postulat verlange eine umfassende Überprüfung und Anpassung der Steuerungsmechanismen der Verwaltung sowie eine Erhöhung der Transparenz hinsichtlich Leistungen, Verwaltungsaufwand und eingesetzter Ressourcen.

Er hält fest, dass die Fraktion grundsätzlich grosses Vertrauen in die Gemeindeverwaltung habe und die bestehenden Kontrollmechanismen als ausreichend erachte. Diese erfüllten aus Sicht der Fraktion ihren Zweck. Transparenz werde zwar ebenfalls als wichtig erachtet, jedoch werde davor gewarnt, dass eine Vielzahl von Kennzahlen ein falsches Bild vermitteln könne und sich negativ auf die Effizienz der Verwaltung auswirken könnte.

Weiter führt der Votant aus, die aktuelle Rechnungslegung sei übersichtlich und bilde eine gute Grundlage für Diskussionen. Auch über Leistungsziele und überprüfbare Zielsetzungen bestehe bereits heute eine angemessene Kontrollmöglichkeit.

Zum Thema Benchmarking wird ausgeführt, Vergleiche mit anderen Gemeinden könnten zwar hilfreich sein, müssten jedoch stets im Gesamtkontext betrachtet werden. Gute Vergleichswerte seien wenig aussagekräftig, wenn gleichzeitig die Bevölkerung mit den erbrachten Leistungen unzufrieden sei. Dienstleistungen und Kosten müssten in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Der Votant betont, dass Probleme gezielt dort diskutiert werden sollten, wo tatsächlich Handlungsbedarf bestehe, anstatt sämtliche Bereiche gleichzeitig infrage zu stellen. Nur so könne der Einwohnerrat den Überblick bewahren und die Verhältnismässigkeit sicherstellen.

Abschliessend teilt er mit, dass die Fraktion das Geschäft intensiv diskutiert habe und Stimmfreigabe beschlossen worden sei. Zusammenfassend wird festgehalten, Transparenz sei gut und erstrebenswert, gleichzeitig werde jedoch vor unnötiger Bürokratie gewarnt. Ziel müsse eine Verwaltung sein, die ihren

Auftrag effizient und zur Zufriedenheit der gesamten Bevölkerung erfülle und nicht eine, die sich primär selber dokumentiert.

Jonathan Noack, SP führt aus, dass die SP-Fraktion das Postulat ablehne. Transparenz über Tätigkeiten, Abläufe und deren Zweck werde grundsätzlich als wichtig erachtet. Es wird jedoch festgehalten, dass die Einführung zusätzlicher Berichte, Indikatoren und Effizienzmessungen nicht zielführend sei und zu mehr Bürokratie führe. Dies solle nicht weiter gefördert werden. Weiter wird betont, dass erhöhter Spardruck auf die Verwaltung zu einer Verschlechterung der Dienstleistungen führen könne, während eine lebenswerte Gemeinde auf qualitativ gute Leistungen angewiesen sei. Zudem wird darauf hingewiesen, dass mit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) bereits ein Instrument zur vertieften Prüfung vorhanden sei, welches vom Einwohnerrat entsprechend genutzt werden könne. Die SP-Fraktion spreche sich daher gegen die Überweisung an den Gemeinderat aus, würde jedoch im Falle einer Überweisung einer Zuweisung an die RPK zustimmen.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP fragt, ob sich der Gemeinderat zur Vorlage äussern möchte.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP schliesst sich dem Dank der Vorredner an und würdigt insbesondere die konstruktive Zusammenarbeit mit den Postulanten. Es wird ausgeführt, dass das Postulat gemeinsam so formuliert worden sei, dass eine zielführende Bearbeitung möglich erscheine. Der Gemeinderat habe sich aktiv an der Ausarbeitung beteiligt und erachte die aufgeworfenen Fragestellungen als relevant. Es wird festgehalten, dass der Gemeinderat bereit sei, diese vertieft zu prüfen und auf einer fundierten Basis zu bearbeiten. Entsprechend werde eine Überweisung des Postulats sowie dessen Weiterleitung an die RPK begrüsst.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erkundigt sich nach weiteren Wortmeldungen.

Felix Gerber, Mitte/GLP ergänzt im Sinne einer Replik zwei Punkte zum Thema Benchmarking. Es wird ausgeführt, dass ein Gemeindefeffizienzmonitor der Universität Bern aufzeige, dass Binningen bei der Effizienz alltäglicher Verwaltungsaufgaben in der niedrigsten von vier Stufen eingestuft werde. Ohne Kontext könnten daraus jedoch vorschnelle Schlussfolgerungen gezogen werden. Genau dieser Kontext fehle aktuell, da entsprechende Kennzahlen und Vergleichsmöglichkeiten nicht vorhanden seien. Ziel des Postulats sei es daher, vergleichbare Indikatoren zu schaffen, um fundierte Diskussionen beispielsweise in der RPK führen zu können und politische Entscheide auf einer nachvollziehbaren Grundlage zu treffen.

Weiter entgegnet der Votant dem Einwand bezüglich zusätzlicher Bürokratie. Anhand des Beispiels Gesundheitsförderung wird ausgeführt, dass bestehende Berichte zahlreiche Kennzahlen enthalten würden, etwa zur Anzahl Veranstaltungen oder Publikationen (Anstieg von 6 auf 74 Treffen zwischen 2020 und 2024 sowie von 4 auf 10 Publikationen), diese jedoch kaum aussagekräftig und nicht vergleichbar seien. Es wird festgehalten, dass es nicht um eine Ausweitung der Datenerhebung gehe, sondern um eine gezielte Verbesserung der Informationsqualität, um künftig fundiertere Entscheidungen treffen zu können, ohne zusätzlichen Aufwand zu generieren.

Siri Hauri, Grüne/EVP hält fest, dass die Gemeindeverwaltung aus ihrer Sicht verantwortungsvoll mit öffentlichen Geldern umgehe und Ausgaben bereits heute seriös beurteilt würden. Gleichzeitig wird anerkannt, dass ein Teil des Rates ein erhöhtes Bedürfnis nach Transparenz habe. Es wird betont, dass ein Konsens sinnvoll sei, um unreflektierte Sparmassnahmen zu vermeiden. Es bestehen jedoch Zweifel, ob künftig ideologisch geprägte Sparvorstösse verhindert werden könnten. Dennoch erklärt sich die Votantin bereit, das Postulat im Sinne eines Konsenses zu unterstützen.

Lewin Lempert, SP bringt eine kritische Bemerkung an und verweist auf den zuvor gefassten Entscheid zur Wahlplakatierung, bei dem Investitionskosten von 50'000 Franken sowie jährliche Kosten von über

30'000 Franken beschlossen worden seien. Dies sei erfolgt, weil gewisse Parteien nicht in der Lage gewesen seien, fristgerecht druckfertige Plakate einzureichen. Es wird angemerkt, dass Effizienzforderungen relativiert werden müssten, wenn bei parteiinternen Interessen ohne Weiteres öffentliche Mittel eingesetzt würden.

Weiter wird festgehalten, dass die Informationslage im vorliegenden Bericht im Vergleich zu anderen Geschäften bereits umfassend gewesen sei und dennoch eine teurere und weniger effiziente Variante beschlossen worden sei. Abschliessend wird festgehalten, dass voraussichtlich eine Mehrheit für das Postulat zustande kommen werde, wobei die Befürchtung geäussert wird, dass zusätzliche Bürokratie entstehen könnte.

Brigitte Schori, FDP führt aus, dass die Thematik der Zieldefinition bereits mehrfach angesprochen worden sei. Sie hält fest, dass die Rechnungsprüfungskommission (RPK) die Ziele im vergangenen Jahr überarbeitet und der Verwaltung übergeben habe. Es wird betont, dass ein entsprechender Prozess bereits im Gang sei und bekannt sei, dass einzelne Ziele nicht mehr den aktuellen Anforderungen entsprächen und entsprechend angepasst werden müssten.

Christian Schmid, SVP nimmt Bezug auf die Diskussion zur Wahlplakatierung und ergänzt, dass die unterstützte Variante als Kompromiss verstanden worden sei. Grundsätzlich hätte die Fraktion das Wildplakatieren bevorzugt, habe jedoch Kompromissbereitschaft gezeigt. Weiter wird angemerkt, dass innerhalb der eigenen Partei weniger Berufspolitiker vertreten seien, was die Umsetzung organisatorischer Aufgaben teilweise erschwere. Es wird zudem mit Freude festgestellt, dass im Rat ein bürgerlicher Entscheid zustande gekommen sei.

Der Votant hält fest, dass mit den gewonnenen Informationen künftig Optimierungen erwartet würden. Sollte dies nicht der Fall sein, werde die Lancierung einer Volksinitiative in Betracht gezogen. Abschliessend wird ausgeführt, dass die Investition von 50'000 Franken im Vergleich zu einer Ausgabensteigerung von über 2 Millionen Franken beziehungsweise rund 16 % in den letzten sechs Jahren in der Verwaltung als gerechtfertigt erscheine.

Felix Gerber, Mitte/GLP greift das Votum von Lewin Lempert, SP auf und führt aus, dass durch zahlreiche kleine Leistungssteigerungen über die Jahre hinweg die Gesamtkosten gestiegen seien. Gleichzeitig werde der Verwaltung mangelnde Effizienz vorgeworfen, obwohl viele dieser Leistungen politisch beschlossen worden seien. Es wird betont, dass genau hier der Ansatz des Postulats liege: Entscheidungen würden häufig einmalig getroffen und anschliessend nicht mehr überprüft.

Der Votant erläutert, dass das Ziel darin bestehe, eine fundierte Grundlage zu schaffen, um künftig nachvollziehen zu können, weshalb bestimmte Entwicklungen stattgefunden haben und wo allenfalls Handlungsbedarf bestehe. Dabei solle es möglich sein, unabhängig von politischen Positionen zu analysieren, ob Einsparungen sinnvoll seien oder ob bestehende Leistungen bewusst aufrechterhalten werden sollen.

In Bezug auf die Ausführungen von Brigitte Schori, FDP wird festgehalten, dass die Arbeit der RPK nicht infrage gestellt werde. Vielmehr solle das Postulat die bestehenden Bemühungen unterstützen. Es wird darauf hingewiesen, dass derzeit zahlreiche Zielsetzungen existierten, deren Relevanz und Ursprung teilweise unklar seien. Als Beispiel wird ein Ziel im Bereich Gesundheitsförderung genannt, dessen Zusammenhang nicht nachvollziehbar erscheine.

Abschliessend wird festgehalten, dass das Postulat einen Impuls liefern solle, um systematisch relevante und vergleichbare Kennzahlen zu definieren und so eine fundierte Grundlage für zukünftige politische Entscheidungen zu schaffen.

Karin Müller, SP entgegnet auf die vorangegangenen Ausführungen von Christian Schmid, dass der Vergleich zwischen 50'000 Franken und CHF 2,2 Millionen zwar offensichtlich sei jedoch habe bereits „Dagobert Duck gewusst, dass man den Rappen bzw. den Kreuzer ehren muss, weil man sonst nirgendwo hin kommt“, und ergänzt, dass „Kleinvieh auch Mist macht“.

In Bezug auf die Leistungsziele wird ausgeführt, dass diese politisch gefärbt seien und deshalb nur bedingt funktionierten. Die Votantin hält fest, dass die bestehenden Leistungsziele seinerzeit durch den Einwohnerrat erarbeitet worden seien und inzwischen von der GPK sowie der RPK als nicht mehr zeitgemäss beziehungsweise als wenig hilfreich beurteilt würden.

Weiter erläutert die Votantin, dass die Zuständigkeit für die Formulierung der Leistungsziele beim Gemeinderat liege, welcher diese dem Einwohnerrat zur Genehmigung vorlege und anschliessend gemeinsam mit der Verwaltung umsetze. Die Überprüfung der Umsetzung könne durch die zuständigen Kommissionen, insbesondere die RPK, erfolgen. Es wird die Frage aufgeworfen, welchen zusätzlichen Nutzen eine umfassende Untersuchung der gesamten Verwaltung bringen solle. In Übereinstimmung mit vorangegangenen Voten wird die Befürchtung geäussert, dass ein solcher Ansatz zu mehr Bürokratie und zusätzlichen Kosten führen könnte.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP weist Christian Schmid darauf hin, dass sich die Diskussion nicht auf die Wahlplakatierung beziehen solle.

Christian Schmid, SVP merkt an, dass er seit mehreren Jahren im Rat sei und man könne an einer Hand abzählen, vielleicht sogar an einem oder zwei Fingern, wie viel Mal er für eine Ausweitung der Ausgaben der Gemeinde gestimmt habe. Im Gegensatz dazu seien von anderer Seite zahlreiche zusätzliche Steuerausgaben beschlossen worden, was aus seiner Sicht zur Einordnung der aktuellen Diskussion beitrage.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und leitet zur Abstimmung über.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 23 JA / 8 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 14)

Überweisung an die RPK: 32 JA / 0 NEIN (Abstimmung 15)

BESCHLUSS

- ://: 1. Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen
- ://: 2. Das Postulat wird an die RPK überwiesen mit dem Auftrag, zusammen mit Gemeinderat und Verwaltung eine Vorlage auszuarbeiten, welche die untenstehenden Fragestellungen für den Budgetprozess 2028 bereits berücksichtigt.

Traktandum 13

Gesch. Nr. 84

Postulat L. Behrends, FDP: Prüfung eines automatischen Steuerrückvergütungsmechanismus in Binningen

BESCHLUSS

- ://: Verschoben.

Interfraktionelle Interpellation: Mitwirkung ergebnisoffen gestalten**BESCHLUSS**

://: Verschoben.

Postulat R. Oberli, SVP: Begrünung Tramtrasse Linie 10/17**BESCHLUSS**

://: Verschoben.

Diversa

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP hält fest, dass er aufgrund der fortgeschrittenen Zeit von nahezu 22.00 Uhr darauf verzichten wolle, ein weiteres Traktandum zu behandeln. Das Postulat von Leon Behrends zur Prüfung eines automatischen Steuerrückvergütungsmechanismus (Geschäft Nr. 84), die interfraktionelle Interpellation «Mitwirkung ergebnisoffen gestalten» (Geschäft Nr. 98) sowie das Postulat von Roman Oberli zur Begrünung Tramtrasse Linie 10/17 (Geschäft Nr. 102) werden daher auf die nächste Sitzung verschoben.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP eröffnet das Traktandum Diversa. Es wird mitgeteilt, dass auf Antrag des Gemeinderats das Büro beschlossen habe, den Einwohnerrats-Apéro im Juni künftig wieder durch diejenige Fraktion ausrichten zu lassen, welche das Ratspräsidium innehat. Der Weihnachts-Apéro im Rahmen der Dezember-Sitzung werde hingegen durch den Gemeinderat organisiert.

Es wird nach Mitteilungen aus dem Einwohnerrat gefragt. Solche liegen nicht vor. Auch aus dem Gemeinderat werden keine Mitteilungen vorgebracht.

Der Präsident stellt fest, dass es 22.00 Uhr sei, erklärt die Sitzung für geschlossen und lädt im Anschluss zu einem gemeinsamen Apéro ein. Er bedankt sich für die Aufmerksamkeit und wünscht allen einen schönen Abend.

ER-Sitzung vom
23. März 2026

			Gesch. Nr. 117		Gesch. Nr. 122	Änderung der Traktandenliste		Gesch. Nr. 101	Gesch. Nr. 108
			4	5	6	7	8	9	10
			Dringlichkeit Postulat	Überweisung Postulat	Beantwortung der Anfrage an der nächsten ER-Sitzung	Ersatzwahlen BPK	Traktandum 13 & 14 neu als Traktandum 6 & 7	Überweisung Postulat	Überweisung Postulat
1	Bertschi	EVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted
2	Cakar	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
6	Hauri U.	Grüne	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
7	Büchelin	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
8	Bürgler	SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja
9	De Fregias	SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
11	Lempert	SP	Enthaltung	Nein	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja
12	Löhr	SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
13	Müller	SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted
14	Noack	SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
15	Schellenberg	SP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Not voted	Not voted
16	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
18	Gerber	GLP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
19	Jegge	Mitte	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
20	Kamber	GLP	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Peter	GLP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
23	Behrends	FDP	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Bühler	FDP	Not voted	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
26	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
28	Kaiser	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
29	Lancashire	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
30	Lüthi - La Roche	FDP	Ja	Not voted	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja
31	Schinz	FDP	Not voted	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja
32	Schori	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Ja	Ja
33	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Held	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
35	Kremo	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted
36	Marti	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
37	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
38	Schmid Fabini	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
39	Steffen	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
40	Gubelmann	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted

TOTAL

Ja	30	20	30	32	33	32	30
Nein	1	10	1	1	1	1	1
Enthaltungen	1	2	0	0	0	0	0
	32	32	31	33	34	33	31

ER-Sitzung vom
23. März 2026

			Gesch. Nr. 53		Gesch. Nr. 78	Gesch. Nr. 116	
			11	12	13	14	15
			Ausmehren Variante Wahl- Plakatierung: Variante 2 (Ja) vs. Variante 1 (Nein)		Nicht-Überweisung	Überweisung Postulat	Überweisung an die RPK
Nr.	Name	Fraktion		Variante 1			
1	Bertschi	EVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
2	Cakar	Grüne	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Nein	Nein	Ja	Enthaltung	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Nein	Nein	Ja	Enthaltung	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
6	Hauri U.	Grüne	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja
7	Büchelin	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
8	Bürgler	SP	Nein	Nein	Ja	Nein	Not voted
9	De Fregias	SP	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
11	Lempert	SP	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja
12	Löhr	SP	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja
13	Müller	SP	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja
14	Noack	SP	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja
15	Schellenberg	SP	Nein	Nein	Ja	Enthaltung	Ja
16	Amacker	Mitte	Nein	Not voted	Ja	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
18	Gerber	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
19	Jegge	Mitte	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
20	Kamber	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Peter	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
23	Behrends	FDP	Enthaltung	Ja	Nein	Ja	Ja
24	Bühler	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Frauchiger	FDP	Nein	Ja	Not voted	Ja	Ja
26	Giani	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Häfele	FDP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
28	Kaiser	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
29	Lancashire	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
30	Lüthi - La Roche	FDP	Not voted	Ja	Ja	Not voted	Not voted
31	Schinz	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
32	Schori	FDP	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
33	Treuthardt	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Held	SVP	Nein	Ja	Nein	Ja	Not voted
35	Kremo	SVP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
36	Marti	SVP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
37	Oberli	SVP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
38	Schmid Fabini	SVP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
39	Steffen	SVP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
40	Gubelmann	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted

TOTAL

Ja	1	21	26	23	32
Nein	32	13	8	8	0
Enthaltungen	1	0	0	3	0
	34	34	34	34	32